

# Bildungspolitische Herausforderungen der Schweiz

EVA SCHMASSMANN, Alliance Sud

RUTH DÄLLENBACH, Schweizer Netzwerk für Bildung und internationale Zusammenarbeit (RECI)

SDG 4 fordert eine inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle. In sieben Unterzielen setzt es klare Prioritäten für die Bildungsarbeit, insbesondere in Bezug auf Zugang zu und Qualität von Bildung, auf Chancengleichheit und Inklusion, auf Gendergerechtigkeit und notabene auf eine unentgeltliche Grundbildung. Bildung ist ausserdem explizit in SDG 3 (Gesundheit für alle) und SDG 8 (Arbeit in Würde) aufgenommen, mit Bezug auf Aus- und Weiterbildung

von Gesundheitsfachkräften in Entwicklungsländern sowie allgemein zu Berufsbildung. Bildung ist ein wichtiger Faktor, um weitere SDGs zu erreichen, insbesondere SDG 1 (Armut beenden) und SDG 10 (Ungleichheiten verringern). Bildung legt die Basis, damit sich die Menschen eine Existenzgrundlage schaffen und als BürgerInnen am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben partizipieren können. Damit gehört Bildung für alle zu den Grundvoraussetzungen für die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung weltweit. Unterziel 4.7 fordert ent-

sprechend: «Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung.»

Die Schweiz verfügt über einen im internationalen Vergleich hohen Bildungsstandard. Dennoch besteht vis-à-vis der Umsetzung der Agenda 2030 bezüglich Bildung noch in zahlreichen Bereichen Handlungsbedarf<sup>1</sup>. Angesichts von aktuellen Herausforderungen und prognostizierten steigenden SchülerInnenzahlen auf Primar- und Sekundarstufe bedeuten die verschiedenen **Sparprogramme** von Bund und Kantonen im Bildungsbereich einen Rückschritt bezüglich Zugang zu hochwertiger, kostenloser Schulbildung für alle und höhlt das Gebot der Chancengleichheit aus. Schon in der Phase der obligatorischen Grundbildung werden trotz dem Recht auf unentgeltliche Bildung die Eltern für ausserschulische Lernangebote von Schulen (Lager, Exkursionen) regelmässig zur Kasse gebeten.<sup>2</sup> In den Jahren 2011/2012 besuchten über 34 % der Schweizer Jugendlichen in der 8./9. Klasse bezahlten Nachhilfeunterricht und der Trend hält unvermindert an. Kinder aus Akademiker- oder wirtschaftlich gut situierten Familien haben sehr viel bessere Chancen, auf die höhere Schulbahn in der Sekundarschule I zu wechseln oder zu studieren.

Auch bezüglich frühkindlicher Bildung besteht Handlungsbedarf. Gemäss OECD liegen die Ausgaben der öffentlichen Hand für die frühkindliche Bildung in der Schweiz bei nur 0,2 % des Bruttoinlandprodukts. Der OECD-Durchschnitt liegt mit 0,6 % dreimal höher. Die Kosten der frühkindlichen Bildung sind für Eltern hoch. So tragen Eltern in der Schweiz zwischen 66 % (Deutschschweiz) und 38 % (Kanton Waadt) der Krippenkosten selbst. In den Nachbarländern liegt der Elternanteil bei max. 25 %.

> siehe Kapitel Mittel zur Umsetzung

> siehe Kapitel Frauen\*rechte

Besondere Aufmerksamkeit muss Menschen mit Migrationshintergrund gewidmet werden. Der vorschulische Erwerb der Schulsprache für fremdsprachige Kinder wird schweizweit erst ungenügend gefördert und **finanziell unzureichend unterstützt**. Fördermassnahmen im Bereich der obligatorischen Schule sind weiterhin ungenügend, um den betroffenen Kindern und Jugendlichen echte Chancengleichheit zu bieten. Weiter leiden **Kinder und Jugendliche**, die als Flüchtlinge aus Kriegsgebieten in die Schweiz kommen und oft lange Zeit unterwegs waren, häufig unter **Traumatisierung** und psychosozialen Stress. Vielen wurde während Monaten oder länger das Recht auf Bildung vorenthalten. Entsprechend braucht es gezielte Massnahmen, um diesen Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden und auch ihnen gute Bildung zu ermöglichen.

> siehe Kapitel Mittel zur Umsetzung

> siehe Kapitel Kinderrechte

> siehe Kapitel Friedenspolitik

Die Ungleichheit zu Beginn der Bildungskarriere setzt sich oft durch die ganze Schul- und Ausbildungszeit hinweg fort und hat einschneidende Auswirkungen auf das künftige Leben der Betroffenen: Personen ohne Berufsbildung sind erwiesenermassen einem erhöhten Risiko bezüglich **Arbeitslosigkeit, Armut** und Marginalisierung ausgesetzt.

> siehe Kapitel Armut

Eine weitere problematische Entwicklung ist das «Wissenschaftssponsoring». Die wissenschaftliche Unabhängigkeit wird durch den vermehrten Rückgriff auf private Finanzierung durch Konzerne bedroht. Dies kritisierten zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem 2013 publizierten «Internationalen Appell für die Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit».<sup>3</sup> Der Auslöser dieses Appells, der 2012 abgeschlossene Kooperationsvertrag zwischen der Universität Zürich und der UBS, zeigt eindrücklich den Bedarf für eine vollständige Transparenz über die Herkunft und Verwendung von Drittmitteln an Hochschulen sowie zur Offenlegung der Interessenbindungen von Hochschulangehörigen.

## Bildung in der internationalen Zusammenarbeit

Im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit misst die Schweiz der Förderung von Bildung einen hohen Stellenwert bei. Dies drückt sich in der Erhöhung der dafür eingesetzten Mittel<sup>4</sup> aber auch in der neuen Bildungsstrategie 2017–2020 der DEZA aus. Diese trägt den Zielen der Agenda 2030 Rechnung und gewichtet Aspekte wie Bildungsqualität, Inklusion sowie Bildung in Situationen von humanitären Krisen stärker.<sup>5</sup>

Hingegen bleibt in spezifischen Bereichen Handlungsbedarf: Im Sinne einer qualitativ guten Bildung für alle sollte die Schweiz Inklusion durch klare Konzepte fördern und in Bezug auf Bildungsqualität auf die Ausbildung von LehrerInnen und die Stärkung der Bildungssysteme fokussieren. **Darüber hinaus ist hier insbesondere entwicklungspolitische Kohärenz gefordert**. Die Entwicklungsländer stehen in der Verantwortung, das Recht auf Bildung für ihre Bevölkerung zu garantieren, das kostet Geld. Darum genügt es nicht, wenn die Schweiz im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit die Beiträge für Bildung moderat erhöht, sondern sie sollte vor allem dazu beitragen, dass die Länder entsprechende Ressourcen aus Steuererträgen generieren können. Dies wird von der Schweiz nach wie vor torpediert: Ihre Steuerpolitik trägt dazu bei, dass in Entwicklungsländern tätige multinationale Konzerne ihre Gewinne in Tiefsteuergelände wie die Schweiz verlagern können. Gemäss Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) verlieren Entwicklungsländer so jährlich 200 Milliarden Dollar an potentiellen **Steuereinnahmen**. Für viele Länder sind die Verluste aus Steuerflucht wesentlich höher als das Budget, das sie für Bildung zu Verfügung haben.<sup>6</sup>

> siehe Kapitel Verbesserte Kohärenz zugunsten nachhaltiger Entwicklung

> siehe Kapitel Aussenwirtschaftspolitik und internationale Steuerfragen

## Empfehlungen

1. **Bildung finanzieren:** Im Inland stellen Bund, Kantone und Gemeinden ausreichend Mittel zur Verfügung, um einen qualitativ hochwertigen, gleich-

berechtigten und kostenlosen Zugang zu Bildung zu gewährleisten. Durch eine entwicklungspolitisch kohärente Aussen(wirtschafts)- und insbesondere Finanz- und Steuerpolitik trägt die Schweiz dazu bei, dass Entwicklungsländer Mittel für ihre Bildungssysteme generieren können.

2. **Gute Bildung für alle:** Bund, Kantone und Gemeinden treffen wirksame Massnahmen, welche bestehende Benachteiligungen insbesondere von Angehörigen aus fremdsprachigen, einkommensschwachen oder bildungsfernen Milieus gezielt abbauen und Chancengleichheit über das ganze Bildungskontinuum hinweg gezielt fördern.  
In der internationalen Zusammenarbeit trägt die Schweiz mit Fokus auf Bildungsqualität insbesondere dazu bei, in ihrem politischen Dialog und in bilateralen Programmen staatliche Bildungssysteme und deren Akteure zu stärken
3. **Transparenz bei Kooperationen mit der Privatwirtschaft:** Die Schweiz schafft die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für eine vollständige Transparenz über die Herkunft und Verwendung von Drittmitteln an Hochschulen sowie zur Offenlegung der Interessenbindungen von Hochschulangehörigen.

## ENDNOTEN

- 1 Der folgende Abschnitt stützt sich stark auf die Publikation «Projekt Schweizer Bildungsagenda 2030» der Bildungskolalition NGO 2016.
- 2 Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz: Ausserschulisches Lernen gehört zur unentgeltlichen Grundbildung. Positionspapier, April 2018.
- 3 Internationaler Appell für die Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit, publiziert am 28. Februar 2013, unter [www.zuercher-appell.ch](http://www.zuercher-appell.ch)

- 4 Schweizerische Eidgenossenschaft: Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020. Publiziert in: Bundesblatt 2016, p. 2477.
- 5 Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA: Bildungsstrategie DEZA. Grundbildung und Berufsbildung. 2017
- 6 Global Campaign for Education: A Taxing Business: Financing education For All Through domestic resources. 2013.

## WEITERFÜHRENDE LITERATUR

UNESCO: UNESCO Roadmap zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms. Bildung für nachhaltige Entwicklung. 2014.

[www.campaignforeducation.org](http://www.campaignforeducation.org);  
The Global Campaign for Education (GCE) is a civil society movement that aims to end the global education crisis.